

Briefetal-Bote

Das „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Abonnementspreis beträgt monatlich 1,20 RM. gegen Nachnahme. Das einzelne Heft kostet 10 Pfennig.

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Briefenwerder, Bahnhofstraße 5 und von allen Tages- und Nachmittagsausgaben genommen. Die Anzeigenpreise sind in der Preisliste vom 26. Pfennig, die Retrospektive 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehniß, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 37

Postfachkonto: Berlin 62 448.

Donnerstag, den 3. Juni 1926

Postfachkonto: Berlin 62 448.

25. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Betr. Einreichung von Vorschlagslisten für die Wähler des Verwaltungsausschusses des Kreis-Arbeitsnachweises Niederbarnim.

Laut Gesetz über die Amtsbauher der Verwaltungsausschüsse der Arbeitsnachweisdämter vom 6. April 1926 endet die Amtsbauher des für den Kreisarbeitsnachweis Niederbarnim bestellten Verwaltungsausschusses am 30. Juni 1926. Es ist daher die Neubildung des Verwaltungsausschusses notwendig.

Der Verwaltungsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden oder einem Stellvertreter und je drei Arbeitgeber und Arbeitnehmern als Wähler, unter denen sich Frauen befinden sollen. Die Bestellung der Wähler erfolgt auf die Dauer von 3 Jahren. Auf jeden Wähler entfällt ein Stellvertreter, der ihn im Behinderungsfall vertritt und im Falle des Ausscheidens für den Rest der Amtsbauher ersetzt. Als Wähler oder Stellvertreter des Verwaltungsausschusses können nur Reichsangehörige bestellt werden, die mindestens 24 Jahre alt und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Sie müssen mindestens 6 Monate im Besitze des Kreises Niederbarnim wohnen oder beschäftigt sein. Vertreter wirtschaftlicher Vereinigungen der Arbeitgeber gelten als Arbeitgeber, Vertreter wirtschaftlicher Vereinigungen der Arbeitnehmer gelten als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes. Wer ausschließlich Hausgeschäften beschäftigt, gilt hierbei nicht als Arbeitgeber.

Die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Besitze des Kreises Niederbarnim werden hiermit aufgeführt, bis zum 15. Juni 1926 dem Kreisarchiv des Kreises Niederbarnim in Berlin W 40, Friedrich-Karl-Str. 5 (Zimmer 84), Vorschlagslisten für die Wähler des Verwaltungsausschusses des Kreisarbeitsnachweises Niederbarnim und deren Stellvertreter einzureichen. Hierbei ist anzugeben:

- a) von den Arbeitgebervereinigungen die Zahl der von ihnen Mitgliedern im Kreise Niederbarnim beschäftigten Arbeitnehmer,
- b) von den Arbeitnehmervereinigungen die Zahl der Mitglieder im Kreise Niederbarnim.

Die Bestellung der Wähler und deren Stellvertreter ist die Reihenfolge in jeder Vorschlagsliste maßgebend. Werden keine Vorschlagslisten eingereicht, so werden die Wähler von uns aus den Reihen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestellt werden.

Berlin, den 19. Mai 1926.

Der Kreisarchiv.

Schlemminger, Krenzien, Jonas.

Veröffentlichung:
Birkenwerder, den 2. Juni 1926.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Auswurf von Grabstellen.

Die bis einschließlich Juni 1896 belegten Reihen- und Grabstellen werden hiermit zur Einweisung bzw. Wiederbenutzung aufgerufen. Anträge auf Rückkauf können bis einschl. 9. Juni gestellt werden.

Die Verordnung zur Durchführung eines Volksentscheides hängt im Rathaus an schwarzen Brett öffentlich aus. Die Stimmzettel liegen vom 6. bis 13. Juni d. J. einschl. zu jedermanns Einsicht aus und zwar an den Sonntagen am 6. und 13. Juni von 10-12 Uhr vormittags, an den Wochentagen während der Dienststunden täglich von 8-3 Uhr.

Birkenwerder, den 2. Juni 1926.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Betr. Elternratswahl.

Volkschule Birkenwerder.

Die Elternratswahl findet am Sonntag, den 6. Juni 1926, in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 1 Uhr in der hiesigen Volkschule statt.

Die zur Anwendung kommenden Stimmzettel tragen nachfolgende Bezeichnung:

Stimmzettel für die Elternratswahl

in der Volkschule Birkenwerder

am 6. Juni 1926.

Seite 1 (Christlich antipolitische Liste)

Anders, Frau Aders, Oralow,

Frau Veitmann, Senger.

Seite 2 (Kultur-Partei)

Bennewitz, Daubert, Frau Grünberg,

Milke, Frau Wächter.

Die zu wählende Liste ist auf dem Stimmzettel in dem danebenstehenden Kreis mit einem Kreuz zu versehen.

Birkenwerder, den 2. Juni 1926.

Der Wahlarchiv:

J. A. Carl Senger, Kaiser-Allee 7.

Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.

Einladung zur Gemeindevorsteher-Sitzung.

Zu der auf

Freitag, den 4. Juni 1926, abends 7,30 Uhr,

im Gemeindebesprechungsraum

aberaumten Vermählung der Gemeindevorsteherin, in der über die in nachstehender Tagesordnung verzeichneten Gegenstände beraten oder beschließen werden soll, werden sämtliche Mitglieder der hiesigen Gemeindevorsteher-Sitzung hiermit unter dem Hinweis eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gesetzlichen Bestimmungen unterwerfen haben.

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung.

1. Beschlußfassung über die Aufnahme eines verbilligten Darlehens für Notstandsarbeiten.

2. Abschluß eines Vertrages mit dem Wasserbauamt.

3. Abschluß eines Vertrages mit der Oberförsterei.

- 4. Festsetzung des Feuerwehr-Beitrages.
- 5. Erlass eines Orts-Erlasses über das Feuerlöschwesen.
- 6. Personalangelegenheit.

Borgsdorf, den 2. Juni 1926.
Der Gemeindevorsteher. Seefeldt.

Was gibt es Neues?

— Im Reichstag ist jetzt die Regierungsvorlage zur Frage der Fährtenabfindung eingegangen.

— Im Preussischen Landtag fand eine große Aussprache über die letzten Maßnahmen der Berliner Polizei in der Buschstraße statt.

— Vizeadmiral Raeder, Chef der Marineinfanterie-Es-tabe, ist von der Kieler Universität wegen seiner Arbeit über den Kreuzerriegel zum Ehren doktor ernannt.

— In der Kathedrale von Olska wurde die feierliche Inthronisation des ersten Bischofs von Danzig, Graf Droucke, vorgenommen.

— Die polnische Nationalversammlung hat den Leiter der Chorzower Stickstoffwerke, Prof. Moscicki, zum Staatspräsidenten gewählt.

Deutschlands Recht auf Kolonien.

Der glänzende Verlauf der diesjährigen Reichskolonialtagung in Böhmen hat wieder einmal die erfreuliche Tatsache bestätigt, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Wiedererlangung des deutschen Kolonialbesitzes Allgemeines nahezu des gesamten deutschen Volkes ist. Bei sämtlichen Veranstaltungen der verschiedenen kolonialen Verbände wurde die Forderung erhoben, daß von deutscher Seite alles daran gesetzt werden müsse, um eine Wiedererlangung des deutschen Volkes in die Kolonialmacht so bald als möglich herbeizuführen. Besondere Beachtung verdient eine Entschliebung der Deutschen Kolonialgesellschaft, mit der die Reichsregierung ersucht wird, die kolonialen Rechtsansprüche zur Geltung zu bringen, die koloniale Schuldfrage zurückzuweisen und den Eintritt in den Völkerbund von der vorherigen Zusicherung der Rückgabe des deutschen Kolonialbesitzes abhängig zu machen.

Bekanntlich hat die Reichsregierung schon mehrfach darauf hingewiesen, daß der Ausschluss des Deutschen Reiches von der Uebernahme und Verwaltung eines der vom Völkerbund zu verteilenden Kolonialmandate für die Dauer nicht mehr aufrecht zu erhalten ist, diese letzten Hinweise sind jedoch in Genf und in den Ententehauptstädten ziemlich kühl und abschlägig behandelt worden. Jetzt ist nun von dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini der Versuch eingeleitet worden, die ganze koloniale Frage aufzurollen, und wir können ausnahmsweise mit dem einverstanden sein, was dieser Mann in Anregung bringt, der sonst gerade nicht als unser Freund betrachtet werden kann.

Mussolini erhebt vor allem Ansprüche auf einen Teil von Marokko, falls Frankreich und Spanien eine neue Abgrenzung dieses Gebietes vornehmen wollen, außerdem verlangt er auch eine der früheren deutschen Kolonien, falls Deutschland einzelne Teile seiner ehemaligen Schutzgebiete zurückverlangen sollte. Italien hat ein Recht darauf, daß es nicht nur als andere dieser kolonialen Territorien, sie sollen ihm nur als „Kompensationen“ dafür dienen, daß es feinerzeit bei der Aufstellung des deutschen Kolonialbesitzes leer ausgegangen ist. In seiner letzten großen Rede im römischen Senat stellte Mussolini den aufsehenerregenden Grundgedanken auf, wenn auf der Erde eine neue Verteilung vorgenommen werden sollte, so dürfe Italien nicht leer ausgehen. Und der italienische Diktator verlangt nicht wenig, sondern fordert die Zuerkennung eines Kolonialmandates, das der Größe der „gerechten Ausdehnungsansprüche“ Italiens entspricht.

In Paris und Madrid ist man natürlich über die italienische Einmischung in die Marokkoangelegenheit nicht gerade erbaud, die beiden Regierungen ließen es bald erklären, daß die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung der Marokkofrage „zur Zeit nicht wünschenswert“ sei. Es bleibt abzuwarten, ob Mussolini sich mit dieser Abweisung seiner Marokkoansprüche zufrieden geben wird. Das letzte Wort darüber dürfte auf jeden Fall noch nicht gesprochen sein.

Was Italien von den ehemaligen deutschen Besitzungen wünscht, das ist nicht schwer zu erkennen. Deutsch-Ostafrika ist für den italienischen Kolonialpolitiker nicht gerade begehrt, aber auch nicht weit davon entfernt, und auf eine Vereinigung dieser beiden Gebiete zielt die italienische Kolonialpolitik in erster Linie ab. Heute steht das frühere deutsche Ostafrika unter englischer Mandatsverwaltung, und England denkt nicht im mindesten daran, gerade dieses ertragreiche Mandatsland einer anderen Macht zu überlassen. Noch viel weniger dürfte Deutschland seine Zustimmung dazu geben, daß Italien dieses Land seinem Kolonialbesitz einverleibe, sondern wir selbst begehren Ostafrika als eine derjenigen Kolonien, auf deren Rückgabe wir den allerdringlichsten Anspruch haben, weil sie mit

nicht geringen Geld- und auch erheblichen Menschenopfern von uns erworben und ausgeübt worden ist. Die deutschen Kolonien sind uns unter falschen Anschuldigungen geraubt worden, wir haben ein Recht darauf, daß dieses unerhörte Unrecht endlich wieder gemacht wird.

Moscicki polnischer Staatspräsident.

Im zweiten Wahlgang gewählt.

Da Marschall Pilsudski am Montag die auf ihn entfallene Wahl zum polnischen Staatspräsidenten abgelehnt hatte, mußte die Warschauer Nationalversammlung am Dienstag noch einmal zur Wahl schreiten. Die Entscheidung fiel erst im zweiten Wahlgang. Bei dem ersten Wahlgang erhielten der von Pilsudski empfohlene Kandidat, Professor Ignaz Moscicki, 215 Stimmen, der Gegenkandidat der Rechtsparteien, Graf Dninski, 211 und der sozialistische Präsidentschaftskandidat Marek 56 Stimmen. Außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben. Weil keiner der drei Kandidaten die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hatte, war ein zweiter Wahlgang notwendig.

Beim zweiten Wahlgang entfielen auf Moscicki 281, auf Dninski 200 und auf Marek 1 Stimme. Außerdem wurden 63 weiße Zettel abgegeben. Moscicki ist somit zum Staatspräsidenten gewählt.

Ignaz Moscicki wurde am 1. Dezember 1867 in Mierzanow bei Plock in Kongreg-Polen geboren. Er absolvierte die Mittelschule in Warschau und besuchte dann das deutsche Lehrkräfte geleitete Polytechnikum in Wiga. Nach einem fünfjährigen Aufenthalt in London siedelte er nach Freiburg in der Schweiz über, wo er längere Zeit als Assistent an der dortigen Hochschule tätig war. Im Jahre 1912 übernahm er den Lehrstuhl für Elektrochemie an der Technischen Hochschule in Lemberg. Nach der Angliederung Ost-Ober-schlesiens an Polen wurde er zum Leiter der Chorzower Stickstoffwerke ernannt.

Der neugewählte polnische Staatspräsident genießt in Polen großes Ansehen. Parteipolitisch ist er uninteressiert und erweist sich aus diesem Grunde der besonderen Schätzung Pilsudskis, der nur eine von allen parteipolitischen Einflüssen freie Persönlichkeit für den Präsidentenposten geeignet hält. Die nächste Aufgabe des neuen Staatsoberhauptes wird die Bildung einer neuen Regierung sein, da das nach dem Staatsstreich eingeleitete Kabinett Bartels aller Voraussicht nach spätestens nach der Verteidigung des neuen Präsidenten seine Aemter zur Verfügung stellen wird. Schon hierbei dürfte er auf große Schwierigkeiten stoßen. Sowohl im Sejm als auch im Senat verfügen die Gegner Pilsudskis über eine feste Mehrheit, die ihren Kampf gegen das neue Regiment mit aller Schärfe fortsetzen dürfte.

Diese Mehrheit könnte nur durch Auflösung des Sejms und Neuwahlen beseitigt werden, die nur der Sejm selbst beschließen kann. Deshalb verlangen die Linksparteien ein Ermächtigungsgesetz, das die Rechte des Präsidenten erweitert und ihm eine Reihe von Sondervollmachten, darunter das Recht zum Erlass einer neuen Wahlordnung, gibt. Der Sejm soll diese Ermächtigungsgesetze beschließen, sich dann auflösen und so dem neuen Präsidenten den Weg zu den Reformen freigeben, die er für nötig hält, um das verumpfte öffentliche Leben Polens zu reinigen. Ob dem neuen Präsidenten die Bewirkung dieser Reformpläne gelingen wird, bleibt abzuwarten.

Amerika und die Abrüstung.

Coolidges Antwort auf das Genfer Ergebnis.

Das kümmerliche Resultat der Genfer Abrüstungsverhandlungen hat den Präsidenten der Vereinigten Staaten veranlaßt, noch einmal seine Stimme zu erheben, um die europäischen Mächte zur Einschränkung der gefährlichen und kostspieligen Rüstungen zu ermahnen.

Geläufiglich einer Gedenkreise für die im nord-amerikanischen Bürgerkrieg Gefallenen auf dem Nationalfriedhof in Arlington hielt Präsident Coolidge eine Ansprache, in der er zunächst betonte, daß es der wirtschaftliche Zustand Europas war, der die überlasteten europäischen Länder kampflos in den Weltkrieg gezwang hat. Sie waren an die Aufrechterhaltung des Systems des Wettrüstens gebunden. Die Völker drohten unter der Steuerlast zusammenzubrechen und suchten Befreiung von dem unerträglichen Druck, in dem sie sich gegenseitig ansahnderten.